



Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

18. Sitzung (nichtöffentlich)

20. September 2006

Oberhausen

10:30 Uhr bis 12:00 Uhr

12:55 Uhr bis 14:00 Uhr

Vorsitz: Marie-Luise Fasse (CDU)

Protokollerstellung: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300

Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Einführung durch den Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz

1

Die Einführungsrede von Minister Eckhard Uhlenberg (MUNLV) wird mit Vorlage 14/653 schriftlich zur Verfügung gestellt. Mündlich trägt der Minister einige Schwerpunkte des Einzelplans 10 des Haushaltsentwurfs vor.

2 Lückenlose Informationen und nachvollziehbare Wege von Schlachtabfällen in NRW! Konsequenzen aus bayerischem Lebensmittelskandal ziehen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/577

In Verbindung damit:

Umfassende Konsequenzen aus den Fleischskandalen ziehen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/880

Und:

Langfristige Konsequenzen aus Fleischskandalen ziehen: Fairen Wettbewerb und Verbraucherrechte stärken

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1553

2

Der Antrag Drucksache 14/577 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

Der Antrag Drucksache 14/880 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

Der Antrag Drucksache 14/14/1553 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

3 Eine langfristig tragfähige Strategie für die Entwicklung ländlicher Räume in Nordrhein-Westfalen entwickeln

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2093

Vorlage 14/613

14

Der Antrag wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

Landtag Nordrhein-Westfalen	III	nöAPr 14/50
Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz		20.09.2006
18. Sitzung (nichtöffentlich)		mr-hoe

Seite

- 4 Ehrenamtliches Engagement in Wohlfahrtspflege, Sport und Kultur, Umwelt- und Naturschutz durch Zweckerträge aus dem „Spiel 77“ wie bisher unmittelbar unterstützen**
- Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1988
- 17

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben.

- 5 Anmeldung zum 35. Rahmenplan nach § 7 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“**
- Vorlage 14/632
- 18

Der Ausschuss nimmt die Anmeldung zum 35. Rahmenplan zur Kenntnis.

- 6 Umsetzung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes in NRW**
- 19
- StS Dr. Alexander Schink (MUNLV) trägt vor.

- 7 Stellenabbau in der Forstverwaltung - Folgen der von der Landesregierung geplanten Veränderungen**
- Bericht des Ministers für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
-

TOP 7 ist abgesetzt.

- 8 Aktueller Stand zum Thema „Gammelfleisch“**
- Bericht des Ministers für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
-

TOP 8 ist abgesetzt.

Landtag Nordrhein-Westfalen	IV	nöAPr 14/50
Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz		20.09.2006
18. Sitzung (nichtöffentlich)		mr-hoe

Seite

9 Gespräch mit den Gartenbauverbänden NRW 20

Die Gartenbauverbände tragen verschiedene Themen vor.

Nächste Sitzung: 16. Oktober 2006

Aus der Diskussion

Dr. Karl Schürmann (Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau NRW e. V.) heißt die Gäste in Oberhausen herzlich willkommen. Die Geschäftsstelle seines Verbandes auf dem Gelände einer ehemaligen Kläranlage sei ein Sinnbild des Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen. Die Kläranlage sei vor sieben oder acht Jahren noch in Betrieb gewesen. Inzwischen sei sie ein Dienstleistungszentrum für den Garten- und Landschaftsbau mit seinen 800 angeschlossenen Betrieben, 15.000 Mitarbeitern und über 2.000 Auszubildenden. – **Vorsitzende Marie-Luise Fasse** dankt für die Gastfreundschaft.

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300

Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Einführung durch den Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Vorsitzende Marie-Luise Fasse teilt mit, die Einführungsrede des Ministers zum Einzelplan 10 sei mit Vorlage 14/653 übersandt worden.

Minister Eckhard Uhlenberg (MUNLV) geht auf einige Schwerpunkte der Vorlage ein:

Ein wesentlicher Kern der Politik der neuen Landesregierung ist es, den vorher eingeschlagenen Weg der jährlich wachsenden Neuverschuldung zu verlassen und die lähmenden Fesseln der Verschuldung zu lösen. Der erste Schritt hierzu wurde mit dem Haushaltsplan 2006 vollzogen. Mit dem Haushaltsplan 2007 setzt die Landesregierung diesen Weg konsequent fort. Ziel ist es, spätestens für das Jahr 2010 einen verfassungsgemäßen Haushalt aufzustellen.

Das MUNLV setzt in seinem Einzelplan 10 mit zum Teil erheblichen Einschnitten diesen notwendigen Kurs mit um. Hierbei sind Belastungen aus dem Konsolidierungskurs so aufgeteilt, dass

- zukunftsorientierte Schwerpunkte, wie zum Beispiel der Verbraucherschutz, die Umsetzung der EU-Luftqualitäts- und der EU-Umgebungslärmrichtlinie oder der Hochwasserschutz, prioritär behandelt werden und Strukturen nicht zerstört werden,
- Landeskofinanzmittel zur Einwerbung von Bundes- oder EU-Mitteln bedarfsgerecht ausgebracht werden und

- die erforderlichen Verwaltungskostenerstattungen für die an Dritte übertragene Landesaufgaben, zum Beispiel an die Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen, bereitgestellt werden.

Unter Berücksichtigung der haushaltsneutralen Veränderungen bei den aus Einnahmen finanzierten zweckgebundenen Ausgaben beträgt die Nettoentlastung 56 Millionen € oder 6,1 % gegenüber dem in der Mittelfristigen Finanzplanung für 2007 vorgesehenen Ansatz. Da die zweckgebundenen Ausgaben und die Ausgaben aufgrund bundesrechtlicher Regelungen nicht und die Personalausgaben nur bedingt gestaltbar sind, konzentriert sich die Kürzung auf die Förderprogramme und die Sachausgaben.

Die für die Förderprogramme erforderlichen Transfermittel, bereinigt um die Verwaltungskostenerstattung, mussten daher um 14,5 % gekürzt werden. Bei den Sachmitteln beträgt die Kürzung 12,4 %. Die Kürzungen bei den einzelnen Haushaltsstellen erfolgten, angepasst an die spezifischen Bedingungen, variabel. Hierbei sind die Belastungen aus in den Vorjahren eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen genauso berücksichtigt worden, wie die landespolitische und fachliche Notwendigkeit. Insofern weichen die Mitteländerungen bei den einzelnen Programmen zum Teil erheblich von den durchschnittlichen Kürzungen ab.

2 Lückenlose Informationen und nachvollziehbare Wege von Schlachtabfällen in NRW! Konsequenzen aus bayerischem Lebensmittelskandal ziehen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/577

In Verbindung damit:

Umfassende Konsequenzen aus den Fleischskandalen ziehen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/880

Und:

Langfristige Konsequenzen aus Fleischskandalen ziehen: Fairen Wettbewerb und Verbraucherrechte stärken

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1553

Vorsitzende Marie-Luise Fasse führt aus, der Antrag der Grünen Drucksache 14/577 sei vom Plenum am 9. November 2005 an den Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen worden.